

# Welt der Arbeit

Ausgabe 22

www.weltderarbeit.de

7. September 2005

## WdA im September

Über Politikverdrossenheit wird seit Jahren gejammert. Aber es hat sich nichts geändert. Wie sollte das auch gehen? Die Menschen, die in Kürze wählen gehen sollen, hören fast täglich von neuen Skandalen in Politik und Wirtschaft. Das ist wenig motivierend für gesellschaftliches Engagement. Eine gefährliche, weil resignative Stimmung – „Die da oben tun ja doch, was sie wollen“ – hat sich ausgebreitet, und Wahlabstänze wird befürchtet. Wenig motivierend ist auch der Umstand, dass sich Politik und Programme der großen Parteien fast gleichen wie ein Ei dem anderen: Vorfahrt für die Wirtschaft. Doch eine andere, an den Bedürfnissen der meisten Menschen orientierte Politik ist denkbar, und sie wäre machbar. Kritik am Neoliberalismus und ein Blick auf Alternativen – davon handelt diese WdA.

### Die Themen im Einzelnen:

Seite 1:

**Hat Deutschland eine Wahl?**

Seite 2

**Zeit für den politischen Streik!**

Seite 3:

**Für mehr direkte Demokratie**

Seite 4:

**Gewerkschaftliche Positionen zur Bundestagswahl**

Seite 5:

**Nachrichten**

Seite 6:

**Reichtum ohne Grenzen**

Seite 7:

**Blick zurück:**

**Eine andere Wahl**

**im September...**

Seite 8:

**Konzernboss verweigert Beschäftigungssicherung, Karl Richter: Die Gedanken sind frei, Lesetipp**

Seite 9:

**Betriebsrat bei Borussia Dortmund, Kommentar, Buchtipp, Impressum**

## Hat Deutschland eine Wahl?

Kanzler Gerhard Schröder wird am 18. September von der politischen Bühne abtreten. Er hat viel zu lange gegen die Interessen der Mehrheit des Volkes regiert. Mit seiner Agenda 2010 hat er „das Tor für die neokonservative Machtübernahme aufgestoßen“ (*Wolfgang Lieb*). Die Opposition wartet nur darauf, um nach einer Machtübernahme das neoliberale Tempo zu verschärfen.

Nur völlig Unaufgeklärte durchschauen nicht, dass sich das Wahlprogramm von CDU/CSU am Neoliberalismus orientiert – und was dies für die Gesellschaft bedeutet. Während sich Investoren, Manager und Geldverleiher die Taschen voll stopfen, wird das Volk verunsichert. Dazu dienen Parolen wie „der Sozialstaat hat sich überholt“ und sei ohnehin „nicht (mehr) finanzierbar“. Zudem habe er „Menschen dazu geführt, sich in der Hängematte sozialer Wohltaten auszuruhen, weil Erwerbsarbeit sich nicht mehr lohnt“. Schilderungen düsterer Zukunftsaussichten dienen als Waffen im Kampf um Wählerstimmen. Die Vollstrecker von Kapitalinteressen wollen die Dosis an „Reformen“ und „Modernisierung“ noch drastisch erhöhen. Mit der Verwirklichung ihres Programms werden sich die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse weiter erheblich verschlechtern. Und die Demokratie gerät immer mehr unter den wachsenden Einfluss anonymer Kapitalgesellschaften. Damit wird der „Imperialismus der Ökonomie“ (*Viviane Forrester*) dramatisch verstärkt.

### Wo sind die Alternativen?

Es fehlen „Gegenentwürfe zum neoliberalen Programm der ungebändigten Renditesteigerung und der kommerziellen Kolonialisierung des öffentlichen Lebens“ (*Detlef Hensche*). Als modern und unverzichtbar gelten bei Regierung und Opposition: deregulieren, privatisieren, entstaatlichen, liberalisieren, flexibilisieren. Konzerne und anonyme Fondsgesellschaften haben

in unserer Gesellschaft bereits die Macht übernommen. Sie bestimmen das wirtschaftliche und das politische Geschehen. Noch nie war die Kapitalseite so mächtig wie heute. Der Turbo-Kapitalismus ist eine neue Form der Diktatur. Wesentliche Entscheidungen werden in den Führungsetagen von Global Playern und Finanzmarktakteuren getroffen. Sie besitzen keinerlei Legitimierung, diktieren aber die Politik mit der Drohung von Kapitalabzug und Standortverlagerung und entziehen sich jeglicher Kontrolle durch den Bürger. Dadurch wird letztlich verhindert, dass Politikversagen durch die Abwahl der Akteure korrigiert wird.

### Im Würgegriff des Kapitals

Es ist fast gleichgültig, ob die SPD oder die Union die stärkste Partei wird; denn auch die künftige Regierung bleibt im Würgegriff des Kapitals. Angela Merkel als Kanzlerin und Peer Steinbrück als Vizekanzler werden die Unterwerfung unter Kapitalinteressen fortsetzen. Die neue Linkspartei wird daran zunächst nichts ändern; denn die Revolution wird nicht im Parlament stattfinden. Notwendig ist „eine außerparlamentarische, nicht integrierte, sondern durch und durch aufmüpfige Bewegung, die Politiker immer wieder herauszieht aus dem Reichstag, auf Straßen und Plätze und in den Strom normaler, machtloser, ganz und gar medienuntauglicher Menschen....Widerstand muss mehr sein als Prozente am Wahltag“ (*Konstantin Wecker*).

Kurzum: Der Kapitalismus ist nicht reformierbar! Er muss abgelöst werden durch eine demokratische Wirtschaftsordnung, die den Menschen in den Mittelpunkt der ökonomischen Aktivitäten stellt. Dies kann aber nur einer kraftvollen Bürgerbewegung gegen den Zeitgeist gelingen. Partei- und Wahlprogramme sind nicht entscheidend. Entscheidend ist die Einsicht, dass die Politik des Neoliberalismus ersetzt werden muss durch eine Demokratie, die es verdient, so genannt zu werden. F.K.

## Zeit für den politischen Streik!

Die Tarifautonomie ist bedroht! Im Wahlprogramm der CDU wird der Abbau von Arbeitnehmerrechten konkret angekündigt. Die Union will „für betriebliche Bündnisse für Arbeit eine rechtliche Grundlage schaffen, das Güntigkeitsprinzip im Tarifvertragsgesetz dahingehend ergänzen, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber abweichend von einem Tarifvertrag einzelvertragliche Vereinbarungen schließen können, wenn dies der Beschäftigungssicherung oder dem Beschäftigungsaufbau dient, im Betriebsverfassungsgesetz eine Vorschrift einfügen, die Abweichungen vom Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung und zum Beschäftigungsaufbau während der Laufzeit des Tarifvertrages auch per Betriebsvereinbarung zulässt.“ Der Betriebsrat und Zweidrittel der Belegschaft müssen jeweils zustimmen.

### Erpressung wird legalisiert

Die tägliche Praxis in Tausenden von Betrieben, Betriebsräte und Belegschaften mit der Androhung von Arbeitsplatzverlusten zu rechtswidrigen Abweichungen von Tarifverträgen zu zwingen, soll durch Änderung der gesetzlichen Vorschriften legalisiert werden. Die Tarifverträge sollen ihre Verbindlichkeit verlieren! „Eine solche Kompetenzverlagerung würde nicht nur die Tarifverträge zu bloßen Richtlinien herabstufen. Sie hätte auch weitreichende Folgen für die Koalitionen und deren Existenzberechtigung. Schon allein diese gravierende Paritätsstörung wäre mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes unvereinbar“ (Thomas Dieterich).

Tarifliche Normen sind nach dem bestehenden Tarifvertragsgesetz unabdingbar. Verzichte auf Tarifrechte sind rechtsunwirksam. Nur die Tarifvertragsparteien können rechtsverbindlich Abweichungen von bestehenden Tarifbestimmungen vereinbaren. Doch nach dem Willen der CDU müssen Gewerkschaften zukünftig nicht mehr beteiligt werden. Arbeitsvertragliche Verschlechterungen sollen grundsätzlich zulässig sein. Der Unternehmer muss nur behaupten, dies diene der Erhaltung der Arbeitsplätze. Eine solche Praxis würde die Schutzwirkung von Tarifverträgen aufheben.

Die Forderungen der CDU können nach Auffassung des ehemaligen Präsidenten des Bundesarbeitsgerichtes, Prof. Dr. Thomas Dieterich, einer verfassungsrechtlichen Überprüfung nicht standhalten, weil sie die Tarifautonomie verletzen und damit gegen Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes verstoßen. Deshalb müssen die Gewerkschaften aktiv werden und die Arbeitnehmer/innen mobilisieren.

### Verfassungsbruch der CDU

Das bedeutet: Sollte eine Regierung Merkel & Co. ihr Wahlprogramm umsetzen und dadurch einen Verfassungsbruch riskieren, müssen die Gewerkschaften vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Zur Abwehr von Schaden für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder sind in dieser Situation auch Streikmaßnahmen notwendig!

Die Verfassungsgarantie des Streikrechts gilt unbegrenzt, losgelöst vom Streikgegenstand und vom Streikziel (Detlef Hen-

sche). Das im Grundgesetz verankerte Streikrecht unterliegt nämlich nicht den Einschränkungen, die später Arbeitsgerichte vorgenommen haben. Hensche weist auch auf die Position der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hin, die sich für ein Streikrecht ohne die deutschen Einschränkungen einsetzt und die Bundesrepublik wegen der herrschenden Rechtsprechung auch schon gerügt hat. Italien, Frankreich, Spanien, die Niederlande, Dänemark, Schweden und Norwegen sehen den Streik gegen Gesetze als zulässig an. Ende März 2004 gab es beispielsweise einen Generalstreik in Italien, der sich gegen gesetzliche Verschlechterungen der Altersversorgung richtete.

### Tarifautonomie verteidigen

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben sich das Streikrecht erkämpfen müssen. Wie auch in anderen Ländern galt in Deutschland während der Weimarer Republik das unbegrenzte Streikrecht, mit dem auch für politische Forderungen gekämpft wurde. Der so genannte politische Streik wurde erst in der Bundesrepublik durch die Rechtsprechung verboten. Auslöser für dieses Verbot war 1952 ein Zeitungsstreik anlässlich der dritten Lesung des Betriebsverfassungsgesetzes, zu dem die IG Druck und Papier aufgerufen hatte. Er wurde als politischer Streik gebrandmarkt, was er zweifellos auch war.

Auf die von der CDU geplante Beschneidung der Tarifautonomie kann es nur eine Antwort geben: S t r e i k !

Franz Kersjes

[www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de) (Arbeit & Wirtschaft)

## Für mehr direkte Demokratie

Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes. Aber das Volk empört sich über Zustände, die von den Herrschenden zu verantworten sind: Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Einkommensverluste, wachsende Armut und explodierender Reichtum. Wesentliche Gründe für die weit verbreitete Politikverdrossenheit sind: Dringende Probleme werden nicht oder nicht angemessen oder nicht rechtzeitig gelöst. Gleichzeitig haben Wählerinnen und Wähler den Eindruck, dass sie weder in der Sache noch bei der Auswahl der Politiker etwas zu sagen haben. Deshalb dürfen die Entscheidungen zur Lösung der brennenden Probleme unserer Gesellschaft nicht allein den Abgeordneten aus den politischen Parteien überlassen bleiben. Was wissen diese, beispielsweise, über die Lebenslage von Arbeitslosen? Wo also die Parlamentarier meilenweit entfernt sind von der Realität des Lebens vieler Menschen, da muss mehr direkte Demokratie ermöglicht werden.

### **Direkte Demokratie bislang nur in Ländern und Gemeinden**

Direkte Demokratie zwingt zur öffentlichen Auseinandersetzung mit Argumenten, die oft überhört werden. Die Bevölkerung würde künftig nicht nur über Personen abstimmen, sondern auch über einzelne Lösungsvorschläge. Die so genannten Volksvertreter müssten viel aufmerksamer als bisher die Meinungen der Menschen beachten, von denen sie gewählt worden sind. Mit einer „Basta“-Politik wäre dann Schluss.

Alle deutschen Bundesländer kennen Volksbegehren und Volksentscheid, alle Städte und Gemeinden Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Dass diese Instrumente selten genutzt werden, hängt mit

den sehr unterschiedlichen Verfahrensregeln in den Ländern zusammen. Die Hürden sind häufig außerordentlich hoch. Aber immerhin gab es in Nordrhein-Westfalen zwischen 1994 und 2003 insgesamt 313 Bürgerbegehren und 92 Bürgerentscheide zu verzeichnen.

Direktdemokratische Verfahren wie Volksbefragung, Volksbegehren und Volksentscheid sind auf der Bundesebene bislang nur für den Fall der Neugliederung des Bundesgebiets vorgesehen. Das Grundgesetz müsste entsprechend erweitert werden. Den jüngsten Versuch, einen Antrag der Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Juni 2002, haben die Unionsfraktion und die Mehrheit der FDP-Fraktion im Bundestag abgelehnt.

Die Schweiz ist im Gegensatz zu anderen Ländern mit direktdemokratischen Elementen das einzige Land, das wichtige Entscheidungen auf nationaler Ebene ohne prinzipielle Ausnahme - zum Beispiel der nationalen Sicherheits- und Außenpolitik - der Volksabstimmung unterstellt. Drei bis vier Mal im Jahr werden zurzeit nach öffentlicher Diskussion die Schweizerinnen und Schweizer aufgerufen, über nationale, kantonale und kommunale Vorlagen zu entscheiden.

### **Transparenz durchs Internet**

Estland ist das erste Land der Welt, das selbst Kabinettsitzungen online abhält. Die Beschlüsse der Regierung werden wie alle anderen öffentlichen Dokumente im Internet bereitgestellt. Jeder Bürger hat die Chance, sich über die politischen Entscheidungen zu informieren.

Auch Gesetzentwürfe werden öffentlich zugänglich gemacht.

### **Ohne Mitbestimmung keine Demokratie**

In den konkreten betrieblichen Arbeitsbeziehungen werden in unserem Land immer noch Bürgerrechte missachtet und hierarchische Strukturen zementiert. Betriebe kann man immer noch als "bürgerechtsfreie Zone" bezeichnen. Tarifverträge und Gesetze nehmen Einfluss auf die Beziehungen zwischen Beschäftigten und Unternehmen und versuchen die Mindestarbeitsbedingungen zu regeln. Tagtäglich müssen aber Betriebsräte und Belegschaften die Erfahrung machen, dass die Regeln nur eingehalten werden, wenn die Betroffenen ihre Rechte reklamieren und in Anspruch nehmen. Jährlich dokumentieren Tausende von Arbeitsgerichtsprozessen, dass viele Unternehmer und ihre Beauftragten nur sehr schwer an Recht und Gesetz zu gewöhnen sind.

Wirtschaftliche Entscheidungen dürften nicht ausschließlich am Interesse der Kapitalbesitzer ausgerichtet werden. Demokratische Entscheidungen haben die Folgen für die Arbeitnehmer mit einzubeziehen, auch wenn dadurch Kapitalverluste eintreten. Eine Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie ist nicht überlebensfähig. Nur durch die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit lassen sich demokratische Verhältnisse verwirklichen.

-es.

[www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)  
[www.kandidatenwatch.de](http://www.kandidatenwatch.de)

Die Ökonomie neu denken**Gewerkschaftliche Positionen zur Bundestagswahl**

Es führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei: Der Neoliberalismus mit seinen Versprechungen und geweckten Erwartungen ist gescheitert, obwohl Politiker fast aller Parteien weiter Hoffnungen zu wecken versuchen. Auch die Agenda 2010 ist politisch, wirtschaftlich und sozial erfolglos. Weder Wirtschaftswachstum noch Beschäftigungsaufbau sind erreicht worden.

Alternativen zur Agenda 2010 sind aber notwendig und möglich. Dazu gehören u. a. folgende gewerkschaftliche Positionen:

**1. Aktive Arbeitsmarktpolitik**

Mehr Beschäftigungsmöglichkeiten können durch kürzere Arbeitszeiten geschaffen werden. Neben einer geringeren Wochenarbeitszeit gehören dazu auch Teilzeitarbeit, Sabbatjahre, Elternteilzeit, Job-Rotation und der Abbau von Überstunden.

Das Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen muss durch eine Umlagefinanzierung erheblich verbessert werden. Außerdem sollte die berufliche Weiterbildung als vierte Säule des Bildungssystems gesetzlich verankert werden.

Dringend verbesserungsbedürftig ist die materielle Absicherung Arbeitsloser. Es darf künftig auch keine Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland mehr geben.

**2. Steuerpolitik**

Ver.di und IG Metall haben ein Konzept zur Einführung einer solidarischen Einfachsteuer vorgelegt. Gefordert wird unter anderem ein Grundfreibetrag von

8.000 Euro, ein Eingangsteuersatz von 15 Prozent und ein Spitzensteuersatz von mindestens 45 Prozent. Außerdem müssen sich die Wohlhabenden und Reichen wieder stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Deshalb muss eine Vermögenssteuer (für Vermögen über 500.000 Euro) eingeführt werden und eine stärkere Besteuerung von großen Erbschaften erfolgen.

Ganz wesentlich für Schichtarbeiter/innen sind die Sicherung der Steuerfreiheit für Zuschläge auf Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit und die unveränderte Beibehaltung der Kilometerpauschale.

**3. Tarifautonomie stärken**

Die Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertreter muss auf alle wesentlichen Unternehmensentscheidungen ausgedehnt werden. Die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit ist künftig zu gewährleisten.

Der gesetzliche Kündigungsschutz darf nicht eingeschränkt werden. Abweichungen von gültigen Tarifverträgen sind nur mit Zustimmung der Tarifparteien zulässig. Außerdem ist die Sicherung des Verbandsklagerechts erforderlich, damit wirkungsvoll gegen Unternehmen vorgegangen werden kann, die Tarifbruch begehen. Notwendig ist auch eine Revision des Anti-Streik-Paragraphen 146 Abs. 3 SGB III. Die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne auf der Basis von Tarifverträgen ist notwendig, damit die Tariffucht bekämpft werden kann.

**4. Soziale Sicherung**

Damit die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung zukunftsfest

wird, ist die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung erforderlich. Alle abhängig Beschäftigten, aber auch Freiberufler, Selbstständige, Parlamentarier und Beamte müssen in die Solidarsysteme einbezogen werden. In der gesetzlichen Rentenversicherung muss der Eintritt in den Ruhestand nach 45 Versicherungsjahren ohne Rentenabschläge möglich sein. In der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung ist eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung erforderlich. Zukünftig sind Kapital- und Zinserträge zur Finanzierung heranzuziehen. Die beitragsfreie Familienversicherung muss erhalten bleiben.

**5. Europäische Sozialpolitik**

Das Europäische Sozialmodell muss solidarisch weiterentwickelt werden. Dazu gehören

- eine europaweit koordinierte Beschäftigungspolitik und
- europäische Mindeststeuersätze für Unternehmen auf der Basis einheitlicher Bemessungsgrundlagen sowie
- soziale Grundrechte und Mindeststandards, einschließlich des Rechts auf grenzüberschreitende Aktionen der Gewerkschaften.

Für diese ganz wesentlichen Forderungen ist die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften notwendig. Mit der Ideologie des Neoliberalismus lassen sich diese Vorstellungen allerdings nicht verwirklichen. Parteien, die diese Forderungen ablehnen, sind für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht wählbar!

*Franz Kersjes*

## Nachrichten

### Wahlkampf mit Soldaten

Die Union aus CDU und CSU plant, die Bundeswehr auch im Inland „zum Schutz vor Terror“ einzusetzen. Wehrpflichtige sollen die Heimat schützen. Soldaten in U-Bahnen, Bahnhöfen, Fußballstadien und Flughäfen? „Es ist offensichtlich eine Traditionslinie unter den nationalkonservativen Kreisen der Union, Militär als Machtpotenzial des Bundes im Innern einsetzen zu können“, meint der Politologe Detlef Bald. „Wer diese Machtmittel fordert, fordert sie natürlich nicht abstrakt. Es geht natürlich um Einsätze in Krisensituationen, in innenpolitischen, in gesellschaftlichen Konfliktsituationen, die wir uns nur in bestimmten Szenarien ausdenken können. Solche Szenarien wären: ethnische Gruppierungen, religiöse Gruppierungen, die demonstrieren, wo Demonstrationen aus dem Ruder laufen und ähnliches mehr“. - Und wann wird dann wieder Militär gegen Streikende eingesetzt?

### Weniger Arbeitskämpfe

Im internationalen Vergleich gibt es in Deutschland viel weniger Streiktage als andernorts. Das zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB), die das Streikvolumen in 17 OECD-Ländern über drei Jahrzehnte hinweg (1970 bis 2000) untersucht hat. Deutschland rangiert mit 9,3 Streiktagen hinter Österreich mit lediglich 3,8 Streiktagen, Japan mit 2 Streiktagen und der Schweiz mit nur 1,5 Streiktagen pro Jahr und 1.000 Beschäftigten (Mittelwerte für die Zeit von 1991 bis 2000). An der Spitze der Rangliste steht Kanada mit durchschnittlich 189 Streiktagen pro Jahr, gefolgt von Dänemark mit 169,2 und Finn-

land mit 135,8 Streiktagen. Arbeitskämpfe sind aber überall seltener und kürzer geworden. Die Forscher führen die geringen Streikzeiten in Deutschland vor allem auf das stark verbreitete System der Flächentarifverträge zurück. „Die Abkehr von koordinierten Tarifverhandlungen könnten sich bei einer Umkehr des aktuellen Trends daher leicht rächen“, warnen die Wissenschaftler. Für Flächentarifverträge sprechen nach ihrer Ansicht auch ökonomische Gründe.

### Ausbildungsvergütung kürzen

Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHT), hat niedrigere Vergütungen für Auszubildende gefordert. 270 Euro im Monat sollen reichen! Außerdem verlangt der Herr Präsident flexiblere Arbeitszeiten auch für Jugendliche. „Es macht doch keinen Sinn, dass eine 17-jährige Restaurantfachfrau um 22 Uhr nach Hause gehen muss, wenn noch alle Tische besetzt sind“, sagte er der Tageszeitung *Die Welt*.

### Mehr Arbeitslose in Österreich

Die Arbeitslosigkeit ist auch in Österreich deutlich höher als es die offizielle Statistik meldet. Darauf weist das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) in einem Bericht hin. Nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz des Landes kann sich beim Arbeitsmarktservice (AMS) nur derjenige registrieren lassen, der „arbeitslos, arbeitsfähig und arbeitswillig“ ist. Die Statistik erfasst nicht: Pensionsvorschussbezieher, Schulungsteilnehmer, vorgemerkte Lehrstellensuchende. Außerdem Personen, denen der Leistungsbezug aus unterschiedlichen Gründen gestrichen wurde sowie registrierte Arbeitslose, die länger als drei Tage krank gemeldet sind. Die „erwei-

terte Arbeitslosenquote“ beträgt dann neun statt 7,1 Prozent. [www.wifo.at](http://www.wifo.at)

### Belegschaft soll bezahlen

Der CDU-Politiker Friedrich Merz hat vorgeschlagen, nicht mehr der Betrieb solle freigestellte Betriebsratsmitglieder finanzieren, sondern die Beschäftigten über eine Umlage. Bei diesem Modell könne die Belegschaft entscheiden, „wie viele freigestellte Betriebsratsmitglieder sie benötigt und was die ihr wert sind“, sagte er der *Neuen Osnabrücker Zeitung*.

### Druckertage in Dessau

Alle Mitglieder der ehemaligen IG Medien und des heutigen Fachbereichs 8 in ver.di sind zum 1. Druckertag in Dessau eingeladen. Termin: 1. und 2. Oktober! Ziel ist die Pflege der politischen Diskussion, aber auch das Angebot eines „Familien-Treffens“ für Mitglieder der ehemaligen IG Druck und Papier, der späteren IG Medien. Interessierte können sich beim Veranstalter melden: [www.liaison.de](http://www.liaison.de), [info@liaison.de](mailto:info@liaison.de)

### Fehlende Ausbildungsplätze

Mehr als 70 Prozent der Betriebe stellen keine Ausbildungsplätze zur Verfügung. In den vergangenen vier Jahren ist die Ausbildungslücke um über 120.000 auf nunmehr 276.000 gestiegen. Die Umlagefinanzierung muss nach Auffassung der Gewerkschaften nun unbedingt eingeführt werden.

### Deutsches Wahlkampfniveau

Angeblich sind Kondome als Wahlgeschenke bei männlichen Jungwählern sehr beliebt. So sind zurzeit im Angebot: „Feel good“ bei der SPD, „Wir lassen keinen hängen“ bei der Linkspartei, „Black is beautiful“ bei der CDU, „Freier Verkehr für alle“ bei der FDP und „Merkel verhüten“ bei den Grünen.

## Reichtum ohne Grenzen

In einer Fernsehdiskussion empörte sich der Chefredakteur des *Handelsblatt* über geplante Steuererhöhungen für Spitzenverdiener. Es könne doch nicht sein, dass die „Leistungsträger“ unserer Gesellschaft durch höhere Abgaben bestraft werden. Die Manager der großen Konzerne und die superreichen Kapitalverleiher sind gemeint, wenn von den wichtigsten Akteuren in der Wirtschaft die Rede ist. Ihre Leistungen sollen mehr Anerkennung finden.

### Abzocker ohne Leistungen

In der Öffentlichkeit wird häufig der Eindruck erweckt, die meisten Einkommensmillionäre hätten ihr Vermögen durch ihre Arbeit verdient. Das ist absurd! Um ein Beispiel zu nennen: Die hundert reichsten Deutschen kassieren irrsinnige Zinsen für das von ihnen eingesetzte Kapital, ohne auch nur einen Finger krumm zu machen. Die Profite vieler dieser „Leistungsträger“ betragen täglich (bei 230 Tagen im Jahr) über eine Million Euro! Zu den Zinsprofiteuren gehören u. a. die Brüder Albrecht (Aldi), Susanne Klatten (BMW, Altana), Werner Otto (Otto Versand), Familie von Holtzbrinck (Verlag), Reinhard Mohn (Bertelsmann), Friedrich Karl Flick (Immobilien, Aktien).

Jährlich fließen zum Beispiel von den rund 300 Milliarden Euro, die als Zinsen von den Banken an ihre Kunden ausgeschüttet werden, etwa 288 Milliarden als Salden-Überschüsse an die reichsten Haushalte dieser Republik. Diese gewaltige, ungleiche Vermögensverteilung, die durch die „Selbstalimantation der Geldvermögen“ (Bundesbank) laufend zunimmt, erklärt die

Scherenöffnung zwischen Arm und Reich. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in unserem Land werden nicht durch unverantwortliche Zugriffe der Bürger auf den Sozialstaat ausgelöst, sondern durch die ständig wachsenden Zugriffe einer kleinen Minderheit auf das von anderen erarbeitete Sozialprodukt!

Die Propagandisten des Neoliberalismus zählen auch die Spitzenmanager der Konzerne zu den „Leistungseliten“. Allerdings befinden sich darunter zahlreiche große Abzocker, von denen etliche unfähig sind, anerkanntswerte Leistungen zu erbringen. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an 13 Führungskräfte der Bankgesellschaft Berlin, die wegen Betrugs angeklagt sind. Sie müssen sich für ein Geschäftsgebaren verantworten, das, wie es in der Anklageschrift heißt, zur Vermögensvernichtung in großem Stil geführt hat. Für den entstandenen Schaden soll der Steuerzahler aufkommen.

### Korruption ist kein Einzelfall

Immer häufiger haben sich Manager wegen Betrugs, Steuerhinterziehung, Untreue, Schmiergeldzahlungen und Bestechung vor Gericht zu verantworten. Die Skandale bei VW, Infineon und BMW zeigen nur die Spitze des Eisbergs. „Leistungsträger“ Jürgen Schrempp ist für riesige Milliardenverluste verantwortlich und gefährdet bzw. vernichtet zahllose Arbeitsplätze. Aber nicht nur Schrempp hat abkassiert. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart ermittelt zurzeit gegen 17 Beschuldigte wegen Untreue und Bestechlichkeit im Vertriebsnetz von Daimler-Chrysler.

Ein Leistungsbezug ist bei Ma-

nagereinkommen grundsätzlich nicht erkennbar. Enge Verbindungen zwischen Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern entscheiden über die Vergütungen. Im „Managerkapitalismus“ herrscht Selbstbedienung!

### Niedriglohn für großen Einsatz

Große Leistungen werden in unserem Wirtschaftssystem selten belohnt. Beschäftigte in Krankenhäusern, Feuerwehrleute und Rettungskräfte, die mit enormem Einsatz trotz schlechter Bedingungen Menschenleben retten, werden miserabel bezahlt. Ihre Leistungen finden selten Anerkennung. Im Gegenteil: Sie sollen in Zukunft noch länger arbeiten und auf Einkommensbestandteile verzichten.

Wenn es um Steuererleichterungen geht, werden vor allem Millionäre bedacht. Die CDU will den Spitzensteuersatz erneut senken, nachdem die rot-grüne Bundesregierung ihn bereits von 53 auf 42 Prozent reduziert hat. Die Reichen werden weiter reichlich bedient. Aber Verantwortung für die soziale und gesellschaftliche Entwicklung übernehmen sie nicht. Es kann deshalb nur ein politisches Ziel geben: Dieses korrupte Wirtschaftssystem muss aktiv bekämpft und überwunden werden.

F.K.

### Buchempfehlungen

Britta Bannenberg  
Wolfgang Schuppensteiner  
**Korruption in Deutschland**  
Portrait einer Wachstumsbranche  
Verlag C. H. Beck, 11,90 €

Hans Leyendecker  
**Die Korruptionsfälle**  
Wie unser Land im Filz versinkt  
rororo Taschenbuch, 8,90 €

[www.inwo.de](http://www.inwo.de)  
[www.transparency.de](http://www.transparency.de)

Blick zurück**Eine andere Wahl im September...**

Berlin ist nicht Weimar; gestern ist nicht heute. Und doch ist ein Blick in alte Chroniken manchmal verlockend: Damals, vor 75 Jahren, wurde auch im September gewählt. Wieder stellte die SPD mit Paul Löbe den Reichstagspräsidenten; denn sie bildete durch fast alle Jahre der Weimarer Republik die stärkste Fraktion im Parlament der ersten deutschen Republik. Und doch hatten die Sozialdemokraten nie die Mehrheit, weil ihr eine große Zahl weiterer, ganz überwiegend rechter Parteien gegenüberstand.

Das Ergebnis jener Wahl vom 14. September 1930 war alarmierend durch das sprunghafte Erstarken der politischen Extreme von links und - weit mehr noch - von rechts: Die KPD erhöhte die Zahl ihrer Mandate von 54 auf 77. Und die Zahl der NSDAP-Abgeordneten vervielfachte sich dramatisch von 12 auf 107! Damit stellten die Nazis nach den Sozialdemokraten mit ihren 143 Abgeordneten die zweitstärkste Fraktion, die Kommunisten mit einigem Abstand die drittstärkste. In einer SPD-Chronik heißt es dazu: „Im neuen Reichstag kommt es nun fortlaufend zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Nationalsozialisten und den Linksparteien.“

Es kam nicht nur im Reichstag zu „Auseinandersetzungen“. Es gab sie schon lange, und zwar handgreiflich außerhalb des Parlaments. Vertreter der Reaktion pflegten regelmäßig die Veranstaltungen der demokratischen Parteien zu stören. Es gab Saal- und Straßenschlachten; es gab Verletzte und Tote. Der größte republikanische Schutzverband

war das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Es bestand schon seit Mitte der Zwanzigerjahre. Um 1930 gehörten ihm etwa drei Millionen Mitglieder an, die zum größten Teil aus der Sozialdemokratie und aus den Gewerkschaften stammten. Nur sechs Tage nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 beschloss die Führung des Reichsbanners, eine militante, schlagkräftige Kampftruppe zum Schutz von Versammlungen zu bilden. Eine regelrechte Bewaffnung ihrer Schutzformation lehnte sie aber ab.

Die *Gewerkschaftszeitung – Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* vom 20. Sept. 1930 kommentierte die Reichstagswahl ausführlich und sah als deren Ursache und Ergebnis nicht zwei Fronten, rechts und links, sondern drei: „die Gruppe der erweiterten Mitte..., sodann die extremen Parteien links und rechts..., drittens die Sozialdemokratische Partei Deutschlands“, die „in dieser Frontordnung völlig allein“ da stehe und als Urheber „aller Wirren und Schäden, die im öffentlichen Leben zu beklagen waren, verschrien“ werde.

Zweieinhalb komplette Zeitungsseiten widmete das ADGB-Organ der Analyse des Wahlergebnisses und den Konsequenzen, die daraus zu ziehen waren. Der namentlich nicht genannte Autor des Beitrags schien sicher zu sein, dass die „verblendeten“ Wähler der Nazis bald enttäuscht sein würden, wenn sie feststellten, dass auf parlamentarischem Weg die nationalsozialistischen Ziele schwerlich zu erreichen wären. Geradezu beschwörend fügte er hinzu: „Umso unentbehrlicher ist

nun eine feste und überlegene Führung des Reiches, gegründet auf einer parlamentarischen Machtgruppe, die sich, einmütig in dem Willen, die der Lösung harrenden brennenden Fragen des politischen, ökonomischen und sozialen Lebens mit den Mitteln und im Geiste der Verfassung zu meistern und diese Verfassung gegen alle Bedrohungen zu schützen.“ Und der letzte Satz lautet: „Für die Gewerkschaften gilt es, Wache zu halten an den Grenzen ihres Gebietes, damit das ‚Dritte Reich‘ nicht auch über sie komme.“

Aber das Dritte Reich „kam über sie“. Während Teile der Mitgliedschaft den politischen Streik zur Rettung der Republik forderten, verhielt sich die Führung des ADGB zu lange zaudernd – bis es zu spät war. Noch vor Ablauf von drei Jahren wurde als erste Großorganisation die deutsche Gewerkschaftsbewegung von den Nazis zerschlagen.

*Anna Riedel*

Irmgard Enderle

Die sozialistisch orientierte Gruppe innerhalb der Wandervogel-Bewegung hatte Irmgard Enderle den Weg aus dem deutschnationalen Elternhaus zur politischen Linken gewiesen. Dort durchlief die spätere Widerstandskämpferin alle Stationen des damaligen Parteienspektrums, bis sie im Exil zur Sozialdemokratie fand. Nach dem Krieg war sie im Wirtschaftsrat der Bi-Zone tätig, später viele Jahre als freie Journalistin für die Gewerkschaftspresse. Irmgard Enderle, immer streitbar und unbequem, starb vor 20 Jahren, am 20. September 1985. Sie wurde 90 Jahre alt.

*A.R.*

## Konzernboss verweigert Beschäftigungssicherung

Der Zeitschriften-Verleger Heinz Bauer will einen ausgehandelten Tarifvertrag zur Standort- und Beschäftigungssicherung für seine Tiefdruckerei in Köln nicht unterschreiben. Die Belegschaft soll von derzeit 970 Beschäftigten auf 470 reduziert werden.

In den unter Vermittlung des Landesschlichters Bernhard Pollmeyer stattgefundenen Verhandlungen zwischen ver.di, dem Betriebsrat und der zuständigen Geschäftsleitung war eine Verständigung über eine betriebsbezogene Vereinbarung zur Verkürzung und Flexibilisierung der Arbeitszeit erreicht worden. Danach sollte unter anderem die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit für alle Beschäftigten von 35 auf 32 Stunden

ohne Lohn- und Gehaltsausgleich abgesenkt und ein flexibles Arbeitszeitsystem eingeführt werden. 200 Arbeitsplätze hätten dadurch gerettet werden können.

Die Vereinbarung stand aber unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Belegschaft und des Verlegers Heinz Bauer. Am 10. August begann die Abstimmung in der Belegschaft. Während die Beschäftigten noch ihr Votum abgaben, lies Verleger Heinrich Bauer verkünden, dass er wegen der Entwicklung auf dem Tiefdruckmarkt die Vereinbarung zur Beschäftigungs- und Standortsicherung nicht unterschreiben werde.

Noch im Januar hatte der Bauer-Verlag über seine sehr gute Ent-

wicklung am Zeitschriftenmarkt berichtet. Gleichzeitig gab er den geplanten Abbau von 470 Arbeitsplätzen in Köln bekannt. Bisher in der eigenen Tiefdruckerei hergestellte Zeitschriften des Verlages sollen zukünftig kostengünstiger, also profitabler, in anderen Druckereien gefertigt werden. Dadurch werden nun 470 Beschäftigte mit ihren Familien in die Arbeitslosigkeit abgeschoben.

Das Beispiel menschenverachtender Unternehmerherrschaft macht wieder einmal deutlich: Typen wie dieser Konzernboss, die ohne die geringste soziale Verantwortung nur der Steigerung der Profite nachjagen, müssen entmachtet und geächtet werden.

### Lesetipp

**Ossietzky**  
Zweiwochenschrift  
für Politik / Kultur / Wirtschaft

*Ossietzky* erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen Angst machende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen die Gewöhnung an den Krieg und an das vermeintliche Recht des Stärkeren. Unter Mitarbeit von Arno Klönne, Otto Köhler, Rolf Gössner und Eckart Spoo.

Probeexemplar anfordern bei  
**Verlag Ossietzky GmbH**  
Vordere Schöneporth 21  
30167 Hannover  
ossietzky@interdruck.net

## Karl Richter: Die Gedanken sind frei

Zum 101. Geburtstag von Karl Richter, dem früheren Westberliner Landesbezirksvorsitzenden der IG Druck und Papier, wurde sein filmisches Porträt „Die Gedanken sind frei“ veröffentlicht. Der von dem Dokumentarfilmer Prof. Eberhard Görner und den Kameraleuten Thomas Plenert und Ludolph Weyer gedrehte 55-Minuten-Film zeichnet mit Interviews, Archivmaterial und Impressionen von Originalschauplätzen erstmals Gewerkschaftsbewegung und SPD-Geschichte in ihrer Verwobenheit nach. Das so erzählte Leben Richters, der vor 85 Jahren als Buchdruckerlehrling Gewerkschafts- und SPD-Mitglied wurde, ist ein eindrucksvolles Zeitzeugnis.

Richter, der bis heute das politische Geschehen begleitet, erzählt selbst, ergänzt von jüngeren Weggefährten wie Frank

Bsirske, Franz Müntefering und Detlef Hensche.

Der Gewerkschafter lässt Kämpfe, Traditionen und Errungen-schaften eines Jahrhunderts aufleuchten. „Widerstand ist für mich demokratische Gesinnung“, heißt seine einfache Wahrheit. „Wir zeigen, dass Gewerkschaften eine aufbauende und erhaltende Kraft sind“, sagt Eberhard Görner zu seinem „ohne kommerzielle Hintergedanken“ verwirklichten Film.

Der vom „Karl-Richter-Verein“ und ver.di herausgegebene Film „Karl Richter: Die Gedanken sind frei“ ist als DVD zum Preis von 18 Euro (incl. Porto/Verpackung) erhältlich bei:

Karl-Richter-Verein, Dudenstr 10,  
10965 Berlin, Tel. 030/6956-1076  
oder per e-mail: drupa@verdi.de



## Betriebsrat bei Borussia Dortmund

Als erster Fußball Bundesliga-Club hat Borussia Dortmund (BVB) einen Betriebsrat. Außerdem gibt es nur noch beim FC St. Pauli eine Arbeitnehmervertretung. 102 der 178 Beschäftigten der Borussia Dortmund GmbH & Co. KGaA haben sich am 16. August an der Wahl beteiligt. Zu den Wahlberechtigten gehörten auch die Profi-Sportler des Vereins; neben den Handball-Damen, den Bundesliga-Tischtennis-Spielern und den Fußballamateuren auch die hoch bezahlten BVB-Kicker der ersten Fußballmannschaft. Allerdings beteiligten sich nur einige von ihnen an der Wahl und niemand an der Kandidatur für den Betriebsrat. Christoph Metzelda begrüßte als Sprecher der Profifußballer die Gründung des Betriebsrates und versprach dessen Unterstützung.

„Angesichts der Tatsache, dass die Wahlbeteiligung bei den Profispielern und Vertragsamateuren sowie bei den Handballspielerinnen relativ zurückhaltend war, stellen wir fest, dass die `normalen` An-

gestellten des Vereins sich sehr zahlreich an der Wahl beteiligt haben“, erklärte der zuständige ver.di-Sekretär in Dortmund, Norbert Szepan.

Zehn Beschäftigte hatten für den siebenköpfigen Betriebsrat kandidiert. Petra Stücker, ver.di-Mitglied und seit 24 Jahren beim BVB an der Seite von Aki Schmidt für die Fan(club)betreuung tätig, wurde in der konstituierenden Sitzung mit großer Mehrheit zur Vorsitzenden gewählt. Sie erklärte nach ihrer Wahl:

„Wir wollen lernen, lernen, lernen – weil wir keine Vorkenntnisse in der Betriebsratsarbeit haben“. Und Hans-Joachim Watzke, Geschäftsführer der KGaA, sagte einer Dortmunder Zeitung: „Ich glaube, dass wir vertrauensvoll zusammenarbeiten werden. Genau genommen bin ich mir sogar ziemlich sicher.“

Das Bedürfnis, einen Betriebsrat zu wählen, entwickelte die Belegschaft, nachdem im Frühjahr etwa 20 Beschäftigte der Verwaltung wegen der schlechten wirtschaftlichen Situation aus betriebsbedingten Gründen entlassen worden waren.

### Buchtipps

Stephan Hebel, Wolfgang Kessler, Wolfgang Storz

**Wider die herrschende Leere**  
Neue Perspektiven für Politik und Wirtschaft

264 Seiten, *Frankfurter Rundschau*, 13,90 Euro. [vertrieb@fr-aktuell.de](mailto:vertrieb@fr-aktuell.de)

Dieses Buch entlarvt die Tabus der Politik:

- + Lobbyisten zerstören das Renten und Gesundheitssystem
- + Arbeitsplätze werden Renditen geopfert

- + Hartz: Rosskur mit Folgen
- + Der steigende Ölpreis oder: Wachstum in den Abgrund?
- + Die Macht der Finanzmärkte und und der Ausverkauf der Politik

Doch dieses Buch beschreibt auch Alternativen:

- + Gerechte Steuern
- + Bürgerversicherung
- + Mehr Bildung und Forschung
- + Die neue Zukunft der Arbeit
- + Kontrolle der Finanzmärkte
- + Spekulationsmilliarden für globale Gerechtigkeit und vieles mehr.

### Kommentar

#### Demagogie

„Sozial ist, was Arbeit schafft“. Diese raffinierte Parole von CDU und CSU weckt bei vielen Menschen neue Hoffnungen auf einen Arbeitsplatz und ein besseres Leben. Etwa 40 Prozent der Wahlberechtigten, die sich am 18. September an der Bundestagswahl beteiligen, wollen den Umfragen entsprechend die Union wählen. Den meisten Wählerinnen und Wählern ist wohl nicht bewusst, dass sie damit gegen ihre eigenen Interessen stimmen. Was CDU/CSU unter sozial verstehen, offenbart ihr Wahlprogramm: Ausweitung des Niedriglohnssektors; Beseitigung der Tarifautonomie; längere Arbeitszeiten; weniger Sozialleistungen; weniger Einkommen! Gleichzeitig steigen die Profite der Kapitalbesitzer! Und wo entstehen Arbeitsplätze? Viele Fragen ohne konkrete Antworten. Die Zukunftsängste der Menschen werden zur Machtergreifung missbraucht. Und die Parolen der „christlichen“ Kandidatinnen und Kandidaten sind pure Demagogie!

*Franz Kersjes*

### **Impressum:**

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:  
Franz Kersjes, Abendrothstraße 5,  
50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35

Mail: [franz.kersjes@koeln.de](mailto:franz.kersjes@koeln.de)

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.  
[www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

Nachdruck erwünscht.  
Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.